

# Berliner Tageblatt



Nr. 386

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Donnerstag, 16. August 1928

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Lord Cushendun sucht zu beruhigen.

## Die gefährdete Locarno-Politik.

### Die Besorgnisse der englischen Liberalen.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

LONDON, 16. August.

In hiesigen Völkerbundskreisen, sowie innerhalb der Liberalen und der Arbeiterpartei verfolgt man mit wachsender Unruhe die unverkennbare Trübung der deutsch-englischen Beziehungen. Man empfindet, dass durch die bevorstehenden gemeinsamen französisch-britischen Kavallerie-Manöver im Rheinland und die Entscheidung der Botschafterkonferenz in der Sache des Bahnhofes in Rüsselsheim den seit Locarno ausgesprochen freundschaftlichen deutsch-englischen Beziehungen eine schwere Krise drohe, zumal gerade Lord Cushendun, der gewiss nicht als Deutschenfreund bekannt ist, zum Stellvertreter des Außenministers ernannt wurde. Der gestrige Bericht des Berliner „Times“-Korrespondenten hat hier allgemein Eindruck gemacht. Bezeichnend für die schweren Besorgnisse, die sich hier in den erwähnten Kreisen bemerkbar machen, ist heute der Artikel des „Manchester Guardian“. Der Krieg schreibt das Blatt, sei im Jahre 1914 ausgebrochen, nicht, weil England, Frankreich und Deutschland ihn wünschten, sondern weil sie nicht zusammenarbeiten konnten, um ihn zu verhindern. Ebenso werde sich heute niemand einbilden, dass England, Frankreich und Deutschland einen neuen Krieg wünschten. Wenn sie sich aber nicht bemühen, ihn unmöglich zu machen, so bleibe die Gefahr eines neuen Krieges bestehen. Im Augenblick schienen die Aussichten einer Zusammenarbeit immer schwächer zu werden. Nach Beendigung des Krieges habe jeder gefühlt, dass die Welt von der grössten Uebel der Vergangenheit befreit war. Die alte militaristische Regierung Deutschlands sei gestürzt worden und der Kaiser, dessen Taktlosigkeit eine ständige Gefahr für den europäischen Frieden bildeten, ins Exil gegangen. Die durch den Krieg hervorgerufenen Leidenschaften und der in Deutschland wegen der Härte der Friedensverträge hervorgerufene Groll haben alle Versuche einer Versöhnung zwischen Deutschland, England und Frankreich ausserordentlich erschwert. Diese Schwierigkeiten schienen behoben, als Chamberlain das Parlament ersuchte, den Locarno-Vertrag zu ratifizieren. Es habe damals, nachdem Deutschland dem Völkerbund beigetreten war, so ausgesehen, als ob die Gefahren, die den Krieg verursachten, überwunden seien. Heute aber verblassten unglücklich wieder alle diese Hoffnungen.

Die Lage sei erster als vor Unterzeichnung der Locarno-Verträge.

als Frankreich und Deutschland einander noch als Feinde betrachteten. Denn damals habe man in Deutschland geglaubt, dass es der aufrichtige Wunsch Englands sei, Europa von dieser gefährlichen Atmosphäre zu befreien. Heute sähe es so aus, als ob England diese Aufgabe aufgegeben habe oder sie zum mindesten mit so wenig Geschick und Intelligenz verfolge, dass man zu diesem Schluss kommen müsse. Wer könne sich also darüber das Gefühl der öffentlichen Meinung Deutschlands seinen Locarno-Partnern gegenüber heute bitterer seien als seit langem? Die Härte der Rheinlandbesetzung hätte natürlich nach Unterzeichnung des Locarno-Vertrages sofort gemildert werden müssen. Statt dessen sei es zu einer Reihe von Zwischenfällen gekommen, die zu der Annahme führen konnten, dass die Besatzungsmächte Deutschland herauszufordern wünschten. Jetzt habe man sogar den ausserordentlichen Beschluss gefasst, ein britisches Kavallerieregiment an den französischen Übungen bei Trier teilnehmen zu lassen. Anstatt der weiteren Besetzung des Rheinlandes ihren Stachel zu nehmen, scheint jetzt England

Frankreich dabei helfen zu wollen, den deutschen Stolz noch mehr zu verletzen. Es gebe nur zwei Schlüsse: entweder handele es sich hierbei um eine absichtliche Politik, die nur bedenklich könne, dass die britische Regierung Locarno über den Haufen geworfen habe, oder es handle sich um das Ergebnis unverantwortlicher Stupidität.

Inzwischen werden, anknüpfend auf die Angelegenheit der Rheinlandmanöver,

vom Auswärtigen Amt beruhigende Erklärungen abgegeben.

Man wendet sich dort sehr scharf dagegen, dass die Teilnahme des britischen Kavallerieregiments an den Herbstübungen der französischen Rheinlandarmee sowohl in Deutschland, als auch in Frankreich vielfach als eine politische Angelegenheit betrachtet wird, die von beiden Regierungen vereinbart worden sei. Man betont, dass es sich lediglich um ein Uebereinkommen zwischen dem britischen Oberkommandierenden, Generalleutnant Sir William Thwaites, mit dem Kommando der französischen Besatzungsarmee handele, dem absolut keine politische Bedeutung beizumessen sei. Im Laufe der letzten Jahre hätten wiederholt an den britischen oder französischen Armeelagern im Rheinlande Abteilungen der anderen Armee teilgenommen. Die Bedeutung der neuen Vereinbarung sei aber von der Presse, insbesondere von der deutschen Presse, vollkommen missverstanden worden. Der Grund für die Teilnahme des britischen Husarenregiments an den Kavalleriemaneuvren der französischen Besatzungsarmee sei einfach der, dass die 8. Husaren das einzige britische Kavallerieregiment im Rheinlande sind, dem man nun, wie allen anderen britischen Kavallerieregimenten, Gelegenheit geben will, an den Übungen in einem grösseren Verbände teilzunehmen. Da die Ausbildung der französischen Kavallerie sich nicht wesentlich von der britischen unterscheidet, habe der britische Befehlshaber im Rheinlande, um die Ausbildung des Regiments zu fördern, seine Teilnahme an den französischen Herbstmanövern zugesagt, als von französischer Seite darum ersucht worden war. General Thwaites habe aber zuvor das Kriegsministerium gefragt, ob es etwas hiergegen einzuwenden habe. Das Kriegsministerium habe sich einverstanden erklärt, aber gebeten, vor Uebermittlung seiner endgültigen Antwort dem Auswärtigen Amt mitzuteilen, ob es von politischem Standpunkt aus etwas gegen die Teilnahme des Regiments einzuwenden hat. Da das Auswärtige Amt keinen Widerspruch erhob, sei die offizielle Einwilligung zur Beteiligung an den französischen Übungen erteilt worden.

Die Erklärung des britischen Auswärtigen Amtes wird wohl in allen beteiligten Ländern als ebenso widerspruchsvoll empfunden werden, wie die gesamte Politik dieses Ressorts in der jüngsten Zeit überhaupt. Zuerst wird der Manöverbeschluss als eine rein militärische Dienstsache hingestellt, am Schluss aber doch wieder zugegeben, dass man ihn für „politisch“ genug angesehen hat, um das Auswärtige Amt damit zu befragen, und dass dieses ausdrücklich seine Zustimmung gegeben hat. Die Erklärung ist wohl auch ebensosehr für die englische öffentliche Meinung, als für die Presse in Deutschland und Frankreich bestimmt. Die Kritik an der Haltung des britischen Auswärtigen Amtes wird nicht allein seitens der beiden Oppositionsparteien, sondern seitens aller Freunde konsequenter Völkerbunds- und Friedenspolitik immer besorgter und lebhafter, eine Erscheinung, die gerade jetzt, während der langdauernden Parlamentsferien, von Bedeutung ist.

französischen Regierung zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes ergeben wird, steht noch nicht mit Bestimmtheit fest. Fest steht jedoch, dass diese Antwort zustimmend sein wird, und dass sie schon in alternativer Zeit, wahrscheinlich bereits morgen, erfolgt. Wer den Ausseminister auf seiner Reise nach Paris begleiten wird, ist noch nicht bekannt. Wahrscheinlich werden Staatssekretär von Schubert und Direktor Gaus gemeinsam mit dem Ausseminister sich nach Paris begeben.

## Das deutsche Eigentum in Australien.

(Funktelegramm unseres Korrespondenten)

LONDON, 16. August.

Der Oberkommissar für Australien in London ist von australischen Premierminister Bruce informiert worden, dass die australische Regierung nicht beabsichtige, ihre Rechte zur Beschlagnahme deutschen Eigentums in Australien auf Grund des Versäiler Friedensvertrages auszuüben, auch dann nicht, wenn eine absichtliche Verletzung Deutschlands in der Erfüllung seiner Vertragsverpflichtungen erfolgen sollte. Dieser Beschluss bezieht sich auf Eigentum in jeder Form der deutschen Staatsangehörigen in Australien selbst oder in solchen Gebieten, die unter australischer Kontrolle stehen.

## Der Panzerkreuzer.

Von Dr. Ernst Feder.

Der Panzerkreuzer wurde von der demokratischen und sozialdemokratischen Opposition im vorigen Reichstag abgelehnt, weil er keine taugliche militärische Waffe ist. Seit das jetzige Kabinett, in dem die Führer der damaligen Opposition sitzen, die Aufträge zum Bau des Kreuzers erteilt hat, erweist sich das Schiff als eine sehr gefährliche Waffe im parteipolitischen Kampf. Heller Jubel herrscht auf der Rechten über die starke Erregung, die die Haltung der sozialdemokratischen Minister bei ihrer Partei hervorgerufen hat, und man ist beglückt, dass man die allgemeine Aufmerksamkeit vom Fall Lambach und Fall Hugenberg auf die Differenzen im Lager der Linken ablenken kann.

Nachdem, wie im grösseren Teil unserer heutigen Morgenausgabe mitgeteilt, der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ihr „lebhafte Bedauern“ über die Haltung der sozialdemokratischen Minister ausgesprochen haben und Reichstagsfraktion wie Partei-ausschuss zum nächsten Sonnabend nach Berlin einberufen sind, steht die Weiterführung der Diskussion bevor.

Die Reichsregierung hatte in dieser Angelegenheit keine glückliche Hand. Die immerhin nicht unbedeutende Frage des Panzerkreuzers wurde sozusagen zwischen Tür und Angel erledigt. Die Minister kehrten zur Teilnahme an der Verfassungsfeier von ihrem Urlaub zurück. Am Freitag nachmittag stimmten sie einmütig der Inauguration des Baues zu. Am Sonnabend früh wurde der Beschluss der staunenden Öffentlichkeit mitgeteilt. Es folgten am Sonnabend die rauschenden Verfassungsfeiern. Die Minister gingen wieder auf Urlaub. — So geht das nicht.

Wir haben immer den Standpunkt vertreten, dass von den Fraktionen und den Parteien in Regierungsbildung und Regierungsführung viel zu viel hineingeredet wird. Die Regierung muss führen und für ihre Handlungen vor dem Parlament einstehen. Sie braucht nicht immer vorher die Zustimmung der Parteien einzuholen, aus deren Vertrauensmännern sie gebildet ist. Das schliesst aber eine ständige Fühlungnahme mit den Parteien, von denen das Kabinett abhängig ist, nicht aus, sondern ein. Darin hat es in diesem Falle vollkommen gefehlt.

Die sozialdemokratischen wie die demokratischen Minister haben mit ihrer Stellungnahme Fraktionen, Parteien und Presse überrascht. Haben es nicht einmal für nötig gehalten, die Aufnahme des wichtigen und folgenschweren politischen Beschlusses in der Öffentlichkeit irgendwie vorzubereiten. Es gibt eine Reichspressestelle. Viele andere Pressestellen. Sehr viele Beamte, deren Beruf die Verbindung mit der Presse ist. Aber man hat nicht einen Finger gerührt für die Vorbereitung der politischen Aktion, die man beabsichtigt hat. Oder hat man vielleicht nicht gewusst, dass es sich um eine politische Aktion handelte?

Man kommt beinahe zu dieser Vermutung, wenn man die offiziöse Erklärung liest, die drei Tage nach dem Beschluss bekanntgegeben wurde und in der die Entscheidung als eine rein etatsrechtliche und selbstverständliche hingestellt wird. Diese Begründung ist beinahe noch peinlicher als das Schweigen, das den Beschluss vorher umgab. Es ist selbstverständlich richtig, dass der Etat, zu dem auch die ersten 9 Millionen für den Kreuzer gehören, von dem Reichstag beschlossen war, dass vom Reichsrat Einspruch nicht erhoben war, dass das Kompromiss zwischen der vorigen Reichsregierung und dem Reichsrat nur eine Befristung der Arbeiten bis zum 1. September und eine gewisse finanzielle Nachprüfung vorsah.

Seit dem 31. März, an dem sich diese Einigung vollzog, hat sich aber Einiges geändert. Der Reichstag wurde neu gewählt. Die bisherige Mehrheit wurde gebrochen. Die Deutschnationalen, die mit ihren Ministern das vorige Kabinett beherrschten, verloren dreissig Mandate, wurden aus der Regierung gedrängt und befinden sich in einer lebensgefährlichen Krise. Gewiss hat die Opposition im neuen Reichstag nicht die Mehrheit erlangt. Aber es ist nicht einmal richtig zu sagen, dass für den Panzerkreuzer auch noch im neuen Reichstag eine Mehrheit besteht. Denn es ist doch sehr fraglich, ob das Zentrum, nach den Erfahrungen des Wahlkampfes, noch heute geschlossen für den Panzerkreuzer ist. Auf jeden Fall handelte es sich um eine politische Frage, die nach politischen Gesichtspunkten entschieden werden musste.

Es gibt doch nicht etwa ein bindendes Gesetz, wonach eine neue parlamentarische Regierung alle Beschlüsse des früheren Reichstags ausführen muss. Wenn etwa eine

## Rebane in Riga.

Besprechungen über Kellogg-Pakt und Völkerbundstagung.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

RIGA, 16. August.

Heute traf der estnische Ausseminister Rebane zu Besprechungen mit dem lettischen Ausseminister in Riga ein. Die Besprechungen beziehen sich auf die gemeinsame Unterzeichnung des Kellogg-Paktes sowie auf die nächste Völkerbundstagung.

## Stresemann fährt nach Paris.

Rückkehr des Staatssekretärs von Schubert aus Oberhof.

Staatssekretär von Schubert ist gestern abend von seinen Besprechungen mit dem Ausseminister Dr. Stresemann aus Oberhof zurückgekehrt. In seiner Begleitung befand sich Legationsrat Strohmer, der ebenfalls nach Berlin zurückgekehrt ist. Wann die offizielle Antwort Deutschlands auf die Einladung der